



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. MANFRED SCHNEIDER

Vorsitzender des Vorstandes, Bayer AG, Leverkusen

DIE DEUTSCHE CHEMISCHE INDUSTRIE ZWISCHEN
INNOVATION UND REGLEMENTIERUNG

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 2001



Sehr geehrter Herr von Foerster! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Meine verehrten Damen, meine Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen, Herr von Foerster, sehr herzlich bedanken für die freundliche Einladung, hier in Hamburg auf dem diesjährigen Übersee-Tag vor Ihnen sprechen zu können, sowie für die freundliche Charakterisierung meiner Person. Ich bin fast versucht, jetzt das Thema zu ändern und zu Ihnen zu sprechen über Desinvestitionen, Split Offs, wie man so schön sagt, und Ähnliches. Aber ich bin im Nebenberuf auch noch Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie. Insofern habe ich eine Botschaft der Chemischen Industrie insgesamt und nicht nur die von Bayer zu überbringen. Ich bin sehr gern nach Hamburg gekommen. Herrn Wrede mit seinem unwiderstehlichen Charme ist es gelungen, mich davon zu überzeugen, dass man hier auftreten muss. Er hat mir die Aufstellung der Redner der letzten Jahre vorgelesen, und ich konnte dann nicht anders als ja zu sagen. Ich habe es auch deshalb gern getan, weil ich Hamburg früher einmal als Student näher kennen lernen durfte. Im Jahre 1961 habe ich hier zwei Semester verlebt. Ich musste dann an die Arbeitsuniversität nach Köln gehen, weil ich die Gefahr sah, dass das Studium sonst länger gedauert hätte, als ich es mir hätte leisten können. Deshalb also der Wechsel von „Karlchen“ Schiller, der damals hier noch tätig war, hin nach Köln zu Erich Gutenberg.

Nun lassen Sie mich am Anfang meiner Ausführungen zwei Zahlen nennen, die die Bedeutung der chemischen Industrie für Deutschland verdeutlichen sollen: Mit einem Umsatzvolumen von knapp 110 Milliarden Euro nahm die Chemie im vergangenen Jahr Platz vier im verarbeitenden Gewerbe ein, und mit fast 500.000 Beschäftigten sind wir der fünftgrößte Arbeitgeber.

Wenn man von der deutschen Chemieindustrie spricht, denken die meisten ganz natürlich zunächst an einige wenige weltbekannte Unternehmen, wie BASF, Bayer und vielleicht, um auch ein Hamburger Unternehmen zu nennen, Beiersdorf. Die Struktur der Branche ist aber in Wirklichkeit wesentlich differenzierter: Es gibt derzeit rund 1.600 Chemieunternehmen in Deutschland. Die weitaus größte Gruppe davon, nämlich fast 90 Prozent oder mehr als 1.400 Unternehmen, hat weniger als 500 Mitarbeiter und gehört somit zum Mittelstand. Nur rund 70 dieser 1.600 Unternehmen zählen mehr als 1.000 Beschäftigte, darunter eine gute Hand voll so genannter Global Player, also wirklich großer Konzerne.

So vielfältig wie die Struktur ist auch die Produktpalette der deutschen Chemie: Rund 50 Prozent entfallen auf Grundstoffe. Einen weiteren wesentlichen Anteil haben Vorprodukte für viele Branchen, zum Beispiel für die Automobilindustrie, Textilwirtschaft, Bauwirtschaft, Elektroindustrie, Elektronikindustrie. Denken Sie zum Beispiel nur an die vielen Produkte in Ihrem Auto, die chemischen Ursprungs sind, angefangen bei den Reifen über Scheinwerfer-Reflektoren, Scheinwerfer-Streuscheiben, Sitzpolster, Sitzbezüge, Dachhimmel aus Kunststoff, Beschichtungen von Armaturenbrettern bis hin zu Lenkräder und Stoßfängern, und so weiter und so weiter. Manchmal frage ich mich angesichts des hohen Anteils von Chemieprodukten, ob die Auto-Firmen neben ihrem eigenen Logo eigentlich nicht auch das Bayer-Kreuz auf die Motorhaube montieren sollten. Bis jetzt sind meine Bemühungen allerdings nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Eine Besonderheit unserer Branche ist die Spezialitätenchemie. Sie bietet eine fast unüberschaubare Vielfalt von Stoffen für oft maßgeschneiderte Anwendungen, von der Lederbearbeitung, der Textilveredlung über Hilfsmittel zur Papierherstellung bis hin zu Spezialkunststoffen. Zu den Erzeugnissen der chemischen Industrie gehören aber ebenso Pflanzenschutzmittel und verbrauchernahe Produkte, wie Medikamente für die Human- und Tiermedizin sowie Körperpflege- und Waschmittel.

Sehr frühzeitig haben die Chemieunternehmen in Deutschland die Bedeutung der ausländischen Märkte erkannt und sich deshalb weltweit engagiert. Bayer – 1863 gegründet – beteiligte sich bereits zwei Jahre nach der Gründung an einer Teerfarbenfabrik in den USA und lieferte Zwischenprodukte aus dem damaligen Stammwerk Wuppertal-Elberfeld in viele Länder nach Übersee. 1876 eröffneten wir bereits eine Filiale in Moskau. Heute sind wir mit über 300 Gesellschaften und rund 120.000 Mitarbeitern mit einem Umsatz von 30 Milliarden Euro in allen Ländern dieser Welt tätig.

Meine Damen und Herren! Als die Globalisierung vor zehn, zwölf Jahren massiv einzog, befanden sich Bayer und die gesamte deutsche Chemie durch ihre bereits bestehenden Auslandsaktivitäten in einer sehr guten Ausgangsposition, um die Chancen der sich weltweit öffnenden Märkte zu nutzen. Im vergangenen Jahr hat die Chemie Waren im Wert von rund 73 Milliarden Euro exportiert und nahm damit hinter den Vereinigten Staaten Platz zwei ein. Die Exportquote liegt bei knapp 70 Prozent, und dies ist eine absolute Spitzenposition unter allen Branchen des deutschen verarbeitenden Gewerbes.

Wir in der Chemie sehen daher in der Globalisierung denn auch weniger die Bedrohung eines einstmaligen vielleicht komfortablen Wettbewerbsvorteils, sondern vielmehr eine riesengroße Chance. Die Globalisierung bietet allen Beteiligten, sowohl in den hoch entwickelten Industrieländern als auch in Entwicklungs-, Schwellen- und Reformländern, attraktive Möglichkeiten, ihren jeweiligen Wohlstand zu steigern. Wenn sich jeder auf das spezialisiert, was er am besten kann, und seine Produkte weltweit anbietet, können die Kunden unter einer Vielzahl von Produkten wählen, und dies zu immer günstigeren Preisen. Allerdings erhöht die Globalisierung auch den Druck auf die Unternehmen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ein wichtiges Instrument dazu ist die strategische Ausrichtung der Unternehmen.

Weit verbreitet ist heute dabei die so genannte Fokussierung auf Kernkompetenzen. Vereinfacht ausgedrückt heißt das: Ein Unternehmen konzentriert sich nur noch auf solche Bereiche, in denen es besonders leistungsfähig ist und einen hohen Marktanteil besitzt.

Eine in unserer Branche zeitweilig bevorzugte Variante ist unter dem Begriff Life Science bekannt geworden. Sie setzt auf besondere Synergien durch die enge Verbindung zwischen Gesundheits- bzw. Pharma-Aktivitäten und dem Agro-Geschäft. Zurzeit sind diese Life-Science-Unternehmen, die vor zwei Jahren noch als der absolut letzte Schrei galten, dabei, sich weiter auf einen dieser beiden Bereiche, nämlich auf Pharma, zu fokussieren. So hat Aventis, ein Zusammenschluss der früheren Firmen Hoechst und Rhone Poulenc, entschieden, sich von ihrem Landwirtschaftsgeschäft zu trennen und nur noch Pharma zu betreiben. Ein anderer Ansatz, vor allem bei größeren Unternehmen – das beste Beispiel ist die BASF –, konzentriert sich auf die Schaffung eines hochgradig integrierten Verbundsystems zwischen den Verarbeitungsstufen von den Rohstoffen bis hin zum Endprodukt.

Bayer geht einen dritten Weg, den wir unter der so genannten Vier-Säulen-Theorie definieren. Also: Wir sind tätig in den Arbeitsgebieten – Herr von Foerster erwähnte es vorhin – Gesundheit, Landwirtschaft, Polymere und Chemie. Wir sind davon überzeugt, in allen vier Kerngebieten über ein hohes Wachstumspotential zu verfügen. Meine Damen und Herren! Welche Strategie Erfolg versprechend ist, muss jedes Unternehmen aufgrund seiner spezifischen Situation herausfinden und entscheiden. Patentrezepte bieten keine Erfolgsgarantie. Entscheidend ist es, die Alternative zu wählen, die bei einem angemessenen Risikoprofil langfristig das größte Wertsteigerungspotential bietet. Das ausschlaggebende Kriterium ist bei allen Argumenten und Theorien für und wider letztlich die Bottom Line, das heißt der wirtschaftliche Erfolg. Während also bei der Frage nach der erfolgreichsten Ausrichtung verschiedene Ansätze möglich und denkbar sind, lassen sich die wichtigsten Standortbedingungen weitgehend nicht beeinflussen: Es gibt Länder mit reichen Rohstoffquellen, mit niedrigen Energiekosten, mit niedrigen Steuern, mit niedrigen Lohnkosten, und es gibt Länder, die eine Vielzahl dieser Vorteile oder vielleicht sogar alle auf sich vereinigen. Aber: Deutschland gehört sicherlich nicht zu diesen Ländern. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land mit immer noch relativ hohen Steuern, mit hohen Löhnen und sicherlich auch hohen Energiekosten.

Was können Unternehmen also tun, damit sie trotz dieser Wettbewerbsnachteile am Standort Deutschland erfolgreich arbeiten? Denn trotz der nur begrenzt beeinflussbaren Standortbedingungen – auf die ich später nochmals eingehen möchte – arbeiten die 1.600 Chemieunternehmen mit meist sehr respektablen Erfolg. Die Antwort darauf klingt einfach: Sie müssen bessere Produkte zu besseren Konditionen anbieten als ihre Wettbewerber. Und das heißt speziell bei Chemieerzeugnissen: Sie müssen mit ihren Produkten Lösungen anbieten, die an der Spitze der Innovation stehen. Die Innovationsfähigkeit, also die Entwicklung von neuen Ideen, neuen Produkten und neuen Verfahren, war schon in den Anfangen der industriellen Chemie in Deutschland der Erfolgsfaktor, mit dem Standortnachteile in Wettbewerbsvorteile umgewandelt wurden.

Bereits gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts bildeten die chemische Synthese und die industrielle Produktion von Farbstoffen eine wesentliche Grundlage für die Erfolgsgeschichte unserer Branche. Die chemischen Unternehmen waren als Antwort auf den Standortnachteil entstanden, dass Deutschland im Gegensatz zu seinen europäischen Nachbarn keine rohstoffreichen Kolonien besaß. Wir mussten uns also anders behelfen. Kurze Zeit später wurden in den damaligen Farbenfabriken die ersten Medikamente entwickelt. Heute sind wir mehr denn je auf unsere Innovationskraft, unser Wissen und die Qualifikation der Mitarbeiter angewiesen, um die deutschen Standortnachteile im internationalen Wettbewerb auszugleichen.

Ich möchte Ihnen an einigen ausgesuchten Beispielen aufzeigen, welches Entwicklungspotenzial sich den Chemieunternehmen durch Innovationen eröffnet. Im Pharmabereich lassen sich bei der Bekämpfung von Krankheiten durch neue Medikamente künftig große Märkte erschließen. Derzeit gibt es etwa 30.000 weltweit bekannte Krankheiten, von denen aber nur ein Drittel – sprich rund 10.000 – medi-

kamentös zu heilen ist. In vielen Fällen sind zwar Arzneimittel auf dem Markt, mit denen Symptome gelindert und der Krankheitsverlauf verzögert werden kann, die aber nicht heilen. Es gibt jedoch auch weit verbreitete Krankheiten, gegen die noch keine hinreichend wirksamen Medikamente gefunden worden sind. Dazu gehören beispielsweise Krebs, Rheuma, Virusinfektionen, Stichwort HIV, die neben menschlichem Leid auch hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

Die chemische und pharmazeutische Industrie ist – häufig im Verbund mit Hochschulinstituten und Forschungseinrichtungen – in der Lage, wirksame selektiv wirkende Arzneimittel zu entwickeln. Eine große Rolle spielt dabei heute die Biotechnologie. Sie hilft uns, die Bausteine des Lebens besser zu verstehen und auf Basis dieser Erkenntnisse neue Wirkstoffe zu finden. Damit wird sie zur entscheidenden Technologie für die Arznei- und auch die Pflanzenschutzmittelforschung.

Wir bei Bayer haben deshalb in den vergangenen Jahren – unterstützt durch Beteiligungen und Kooperationen für rund 1 Milliarde Euro mit führenden Biotechunternehmen – eine High-Tech-Forschungsplattform aufgebaut. Mit Hilfe modernster bio- und gentechnischer Verfahren – beispielsweise dem so genannten Highthroughput-Screening, mit dem wir bis zu 200.000 Substanzen pro Tag auf ihre Wirksamkeit testen – erforschen wir zusammen mit unseren Partnern Krankheitsursachen und suchen nach neuen Wirkstoffen für neue Medikamente.

Innovationspotential bietet auch die Agrochemie. In weiten Teilen der Welt leiden viele Menschen an Unterernährung. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Weltbevölkerung in den kommenden Jahren deutlich wachsen wird. Die Folge ist ein steigender Bedarf an Nahrungsmitteln. Eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbauflächen ist praktisch nicht möglich – im Gegenteil: Im Vergleich zum Jahre 1965 wird sich bis zum Jahre 2020 die für die Ernährung eines Menschen zur Verfügung stehende Ackerfläche von 4.000 auf 1.600 Quadratmeter mehr als halbieren. Um die Weltbevölkerung also auch künftig ernähren zu können, muss der Ertrag auf der vorhandenen Fläche deutlich erhöht werden.

Durch moderne, hochselektiv wirkende Pflanzenschutzmittel können Ernteverluste verringert werden. Heute gehen beispielsweise immer noch 55 Prozent der weltweiten Reisernte durch Schädlinge, durch Unkräuter und Pilze verloren. Ohne Pflanzenschutzmittel würden diese Verluste sogar fast 85 Prozent betragen. Einen weiteren wichtigen Beitrag können gentechnisch veränderte Pflanzen bringen; Pflanzen etwa, die nur wenig Wasser für ihr Wachstum brauchen oder besonders hitzeresistent sind. Auch über eine Steigerung des Nährstoff- und Vitamingehaltes von Pflanzen sind erfolgreiche Anwendungsbereiche denkbar.

Ein neues Forschungsgebiet, bei dem wir noch weitgehend am Anfang stehen, sind gentechnisch veränderte Pflanzen als preiswerte Lieferanten von Substanzen und Wirkstoffen für Chemikalien, Geruchs- und Geschmacksstoffe oder sogar für Medikamente. Wir sehen in der so genannten „Pflanze als Fabrik“ einen lukrativen Zukunftsmarkt und planen deshalb zusammen mit Kooperationspartnern ein entsprechendes Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Das, meine Damen und Herren, ist Innovation.

Gute Entwicklungsperspektiven für die chemische Industrie bietet auch das Thema Klimaschutz. Durch den Einsatz hochwirksamer Dämmsmaterialien liegen sich sowohl in Neubauten als auch bei nachträglicher Ausrüstung von Altbauten erhebliche Energieeinsparungen erzielen. Bei einem Einfamilienhaus können durch Isolation mit Polyurethan-Schaum im Durchschnitt etwa 2.600 Liter Heizöl jährlich eingespart werden. Einmal umgerechnet auf ganz Deutschland liegen sich durch einen flächendeckenden Einsatz von modernen Dämmstoffen 7 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfes und 16 Prozent der Kohlendioxidemissionen einsparen.

Mit dem Thema Innovationsfähigkeit verbunden sind meiner Meinung nach auch die heute in aller Munde befindlichen Schlagworte „Alte Ökonomie“ und „Neue Ökonomie“. Zur so genannten Old Economy werden dabei klassische Industriezweige, wie Stahl, Auto oder Chemie, gerechnet. Auf der anderen Seite, der Neuen Ökonomie, stehen Mikroelektronik, Telekommunikation, Informatik und Biotechnologie, Felder mit einem ungeheuren Innovationspotential. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass man der Old Economy die Innovationsfähigkeit absprechen darf – im Gegen-

teil: Ich kann wohl guten Gewissens sagen, dass die meisten klassischen deutschen Industrieunternehmen Teil der Neuen Ökonomie sind. Sie haben deren Chancen frühzeitig erkannt und nutzen deren Entwicklungen.

Die Chancen, die sich zum Beispiel durch den Einsatz moderner Informationstechnologien ergeben, sind vielfältig. Sie reichen von der verbesserten Steuerung von Fertigungsprozessen über die wesentlich effizientere Erfassung von betriebswirtschaftlichen Daten bis hin zu Veränderungen von Abläufen und Prozessen, von der Beschaffung bis hin zur Integration der Kunden in die Liefer- und Versorgungsstrukturen. Neudeutsch bezeichnet man das jetzt als Supply Chain Management.

Mit der Einführung neuer Informationstechniken werden aber nicht nur die Voraussetzungen für eine produktivere Nutzung von Ressourcen und für effizientere Abläufe geschaffen. Die Veränderungen reichen weiter. Sie betreffen auch grundlegende Geschäftsmodelle. Das gilt vor allem für das sogenannte E-Business, also insbesondere den Einsatz des Internets und moderner, softwaregestützter Supply-Chain-Strukturen zum Aufbau neuer oder veränderter Beziehungen zu Kunden und Lieferanten. Dabei geht es um interaktive Verbindungen auf sogenannten Online-Marktplätzen mit dem Ziel, Wertschöpfungsketten noch stärker zu verknüpfen und neue Potentiale zu erschließen. Die Vorteile liegen auf der Hand: niedrige Abrechnungskosten, Preisvorteile, eine höhere Geschwindigkeit der kaufmännischen Prozesse, neue Wege zum Kunden, um nur die wichtigsten Vorteile herauszugreifen.

Alle großen deutschen Chemieunternehmen gehören zu den Gründungsmitgliedern weltweit aktiver Business-to-Business-Marktplätze oder sind an ihnen beteiligt. Wir bei Bayer haben rund 100 mögliche E-Commerce-Anwendungen identifiziert. In den Aufbau unserer E-Commerce-Strukturen investieren wir jährlich rund 80 Millionen Euro. Auch beim Einkauf nutzen wir die neuen Möglichkeiten, beispielsweise bei Auktionen via Internet. Der Anteil unserer Geschäftsabwicklung per E-Commerce wird ständig steigen. Wir schätzen, dass wir im Jahre 2004 je nach Bereich bis zu 50 Prozent unseres Umsatzes mit diesem Instrument erwirtschaften werden. „Neue Ökonomie“ bedeutet für uns aber weit mehr als die Entwicklung neuer Strukturen und Geschäftsmodelle mit Hilfe der Informationstechnologie.

Noch wichtiger ist für uns der Einsatz neuer Technologien für die Life Sciences, also die Bereiche Gesundheit und Landwirtschaft. Das gilt vor allem – wie ich vorhin erwähnte – für die Erforschung und Entwicklung neuer Medikamente. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die Biotechnologie, die neben der Informationstechnologie ein weiteres Standbein der New Economy darstellt. Es geht also nicht um die Frage, ob einzelne Branchen zur Alten oder zur Neuen Ökonomie zählen, sondern ob die gesamte Wirtschaft – also alle Branchen eines Landes – in der Lage ist, diese neuen Schlüsseltechnologien zu nutzen und damit Produktivitätssteigerungen zu erzielen. Das nenne ich dann „True Economy“.

Meine Damen und Herren! Nachdem ich Ihnen die Innovationschancen und -fähigkeiten der deutschen Chemie aufgezeigt habe, möchte ich auf die Reglementierungen zu sprechen kommen. Einige – als Standortbedingungen bezeichnet – habe ich schon kurz angesprochen. Ihre Bedeutung hat durch die Globalisierung stark zugenommen, und wir bekommen ihre Auswirkungen täglich zu spüren. Denken Sie nur an die Ökosteuer, die mit dazu beigetragen hat, dass unsere Benzinpreise in Deutschland derzeit immer neue Rekordwerte anstreben.

Einen großen Einfluss auf unsere Innovationsfähigkeit hat die Steuerbelastung. Wenn der Staat will, dass die Unternehmen in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren, dann sollte er dies durch eine entsprechende Steuerpolitik flankieren. Doch die deutsche Wirklichkeit sieht immer noch anders aus: Unser Land nimmt bei der Belastung der Wirtschaft durch Steuern und Abgaben weltweit weiterhin einen Platz in der Spitzengruppe ein.

Mit der Verabschiedung des Steuersenkungsgesetzes im vergangenen Jahr ist zwar etwas Bewegung entstanden. Die Reduzierung des Körperschaftsteuersatzes und die ab dem Jahr 2005 voll greifende Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer lassen ebenso wie die Freistellung von Veräußerungsgewinnen den politischen Willen erkennen, die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern. Das ist sicherlich ein ganz wichtiger Schritt.

Zu der dringend notwendigen Nettoentlastung der Unternehmen hat diese Reform in der Summe allerdings noch nicht geführt. Der auf der einen Seite gewährten Entlastung ist zunächst eine deutliche Belastung der Unternehmen vorausgegangen. Zudem sind Personengesellschaften sehr viel schlechter gestellt als Kapitalgesellschaften. Das ist auf Dauer nicht akzeptabel.

Der steuerliche Reformprozess leidet also an einer gewissen Halbherzigkeit. Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern: Die Politik fordert von uns, von der Wirtschaft, durch Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig will sie uns aber durch eine deutliche Verlängerung von Abschreibungsfristen zusätzlich belasten. Mit solchen Schritten ist ein harter Wettbewerb um die besten Standortbedingungen nicht zu gewinnen.

Eine weitere Reglementierung, die unsere Innovationsfähigkeit ganz beträchtlich einschränken würde, droht uns derzeit aus Brüssel. Dort hat die EU-Kommission im Februar das so genannte Weißbuch EU-Chemikalienpolitik – ein Strategiepapier für die systematische Prüfung alter und neuer Stoffe – verabschiedet. Im Vorfeld der Beratungen hatte vor allem die Generaldirektion Umwelt unter starkem Einfluss skandinavischer Länder – die ihrerseits praktisch überhaupt keine chemische Industrie haben – sehr restriktive Vorstellungen vertreten. So sollten Stoffe allein aufgrund bestimmter spezifischer Eigenschaften verboten oder ihre Verwendung stark eingeschränkt werden. Dazu gehört auch ein Stoff wie das Rohbenzin.

Die deutsche chemische Industrie hat in monatelangen Gesprächen mit den EU-Generaldirektionen, mit Abgeordneten des EU-Parlamentes, des Bundestages und der Landesparlamente dafür geworben, sich beim Weißbuch nicht von ideologisch geprägten Vorstellungen leiten zu lassen. Ähnlich haben sich die Unternehmen der anderen großen Chemieländer Europas engagiert. Inzwischen sind wir zuversichtlich, dass es bei der Prüfung, Registrierung und Zulassung von alten und neuen Chemikalien zu einigermaßen praktikablen Regelungen kommen wird. Denn es ist ein großer Unterschied, meine Damen und Herren, ob ein Produkt, das von dreißig Herstellern für zehn verschiedene Anwendungen angeboten wird, einmal oder dreihundertmal registriert und zugelassen werden muss, wie es in dem Entwurf gefordert wurde.

Rückendeckung bei unserer Kritik erhalten wir auch von der Bundesregierung. Kanzler Gerhard Schröder hat die Vorschläge der Kommission vor wenigen Tagen heftig kritisiert und gesagt, deren Umsetzung würde zur Vertreibung der chemischen Industrie aus Europa führen. Solche Äußerungen stimmen mich zuversichtlich, dass Berlin in Brüssel noch ein wichtiges Wort mitsprechen wird, wenn es um die endgültige Fassung der EU-Regelung geht.

Einen ganz wichtigen Standortfaktor stellt natürlich der deutsche Arbeitsmarkt dar. Hier gibt es Licht, aber auch Schatten. Erfreulich sind die hohe Qualifikation der Beschäftigten und das Verhalten der Chemie-Sozialpartner bei ihren Tarifverhandlungen. Arbeitgeberverbände und die Industrie-Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie haben es geschafft, in den vergangenen Jahren zunehmend Regelungen in die Tarifverträge aufzunehmen, die Flexibilisierung und Differenzierung in erheblichem Ausmaß ermöglichen.

Die Schattenseite des Arbeitsmarktes für die Chemie ist der Mangel an technisch-wissenschaftlichem Nachwuchs, vielleicht das größte bildungspolitische Problem Deutschlands. Bereits in ein bis zwei Jahren werden weniger Chemiker von den Universitäten abgehen, als Industrie und Wirtschaft für ihren Nachwuchs benötigen. In anderen Bereichen sieht es nicht besser aus. Besonders gravierend wirkt sich der Mangel an Fachkräften in den Informationstechnologien aus. Die von Kanzler Schröder initiierte „Green-Card“-Aktion, mit der Informatiker aus der ganzen Welt nach Deutschland geholt werden sollen, ist leider bislang ohne den gewünschten Erfolg geblieben. Uns bei Bayer ist es bisher gelungen, auf diesem Wege zwei neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Unsere Unternehmen klagen darüber hinaus seit Jahren über rückläufige Zahlen von jungen Menschen, die sich in Chemieberufen ausbilden lassen wollen. Mittelfristig droht dieser Trend zu einem Engpass für die Wachstumschancen technologieintensiver Branchen in Deutschland, also auch der chemischen Industrie, zu werden.

Um aus dieser Misere herauszukommen, müssen wir unser Bildungssystem für die Zukunft fit machen. Nicht mehr möglichst große Einheitlichkeit, wie in der Vergangenheit, sondern stattdessen Vielfalt, Wettbewerb und Flexibilität müssen die Maxime werden. Die Zuweisungen von Finanzmitteln an Schulen und Hochschulen sollten künftig weniger mit der Gießkanne, sondern starker an Leistungs und Qualitätskriterien orientiert erfolgen.

Ich könnte die Liste vor allem der gesetzlichen Reglementierungen noch fortsetzen: Die im parlamentarischen Verfahren befindliche – völlig überflüssige – Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die nicht stattfindende Reform der Sozialgesetzgebung oder das geplante Übernahmegerichtsgesetz sind unserer Meinung nach traurige Kapitel verpasster Chancen – von so zweifelhaften Regelungen wie der Ökosteuer ganz zu schweigen.

Viele der von mir geschilderten Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, mit denen die chemische Industrie in Deutschland leben muss, sind Ausdruck politischer Entscheidungen. Wir als Industrie haben kein politisches Mandat, aber wir dürfen auch nicht abseits stehen in unseren Bemühungen, die Rahmenbedingungen für unsere Branche mit zu gestalten. Dazu gehört, dass wir uns konstruktiv an Meinungsbildungsprozessen beteiligen und unseren Sachverstand einbringen, wenn es darum geht, praktikable Lösungen und Regelungen zu finden, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht schwächen, sondern stärken.

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine Damen und Herren!

Die chemische Industrie ist mit ihren Produkten in jedem Bereich unseres Lebens vertreten. Wir arbeiten zum Nutzen der Menschen und leisten unseren Beitrag für eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung. Schlüsselfaktoren dafür sind unsere Innovationsfähigkeit und vornünftige Rahmenbedingungen, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir haben die Aufgabe, uns für beides mit Nachdruck einzusetzen. Wir wollen den Fortbestand unserer Unternehmen auch am Standort Deutschland und so die Arbeitsplätze in unserem Lande sichern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

